



29. März 2017

## Pressemitteilung

### **Würde und Selbstbestimmung auch in der letzten Lebensphase**

**Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. setzen sich für eine bedarfsgerechte Versorgung schwerstkranker und sterbender älterer Menschen an ihren vertrauten Lebensorten ein.**

**Berlin** – Die Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung ist eine gemeinschaftliche Aufgabe unterschiedlicher Akteure. Aus Sicht des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist es notwendig, dass Kranken- und Pflegekassen, Kommunen, Leistungserbringer und Akteure der Zivilgesellschaft die örtlichen palliativen Strukturen weiterentwickeln und bestehende Angebote untereinander vernetzen. Insbesondere im ländlichen Raum braucht es regionale Zusammenarbeit, um trotz räumlicher Streuung der Einrichtungen und Dienste eine wohnortnahe Versorgung zu ermöglichen. In der ambulanten Versorgung sollten die weiteren Entfernungen angemessen finanziert werden.

„Das Hospiz- und Palliativgesetz hat grundlegende Verbesserungen gebracht, aber es gibt weiteren Handlungsbedarf“, sagt Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Die meisten Menschen äußerten den Wunsch, in ihrer vertrauten Umgebung, im Kreise der Familie und anderer Vertrauenspersonen zu sterben. Tatsächlich aber sterben rund 75 % aller Menschen in Deutschland in Krankenhäusern – wohin sie häufig noch kurz vor dem Sterben eingewiesen werden – oder in stationären Pflegeeinrichtungen, darunter 30% der Bewohner/innen im ersten Vierteljahr nach ihrem Einzug.

„Die Stärkung einer Kultur der hospizlichen Begleitung und Palliativversorgung in allen Einrichtungen der Pflege ist ebenso vonnöten, wie bessere Rahmenbedingungen für die Palliativversorgung in der Häuslichkeit“, so Löher weiter. Ärzte, medizinisches Personal und andere beteiligte Berufsgruppen sollten daher besser für die speziellen Anforderungen sterbender Menschen geschult werden. Wichtige Hinweise geben die Empfehlungen auch für die besonderen Bedarfslagen von Menschen mit Demenz, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Empfehlungen sind abrufbar unter <https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungenstellungnahmen-2017-wuerde-und-selbstbestimmung-aelterer-menschen-in-der-letzten-lebensphase-empfehlungen-des-deutschen-vereins-zur-staerkung-der-hospizlichen-begleitung-und-palliativversorgung-2638,1097,1000.html>

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.